Nr. 166 1. Ausgabe

Sonntag, 22. Juni 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigen: Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 75 Pf., die 78 mm breite Reklamezeile M. 2,50 [illegible] Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Bei Familienanzeigen [illegible] amtliche Bekanntmachungen [illegible] Sondertarif. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von fremden Besitzern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufnahme und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher [illegible] ausgeschlossen. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 18 820, 13 638, 13 837, 17 183. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2086. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1,70, vierteljährlich M. 5,10. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1,70, vierteljährl. M. 5,10; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1,85, „ „ 5,55. Postbezug im Ausland lt. Eintragung in den Postlisten. Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M. 1,10. Einz. Numm. 10 Pf.

Das neue Reichskabinett

Die neuen Männer

G. Weimar, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das neue Ministerium, das ein reines Geschäftsministerium zur Erledigung der Friedensfrage darstellt und das die Unterzeichnung des Friedensvertrages vollziehen dürfte, wird von dem Sozialdemokraten Bauer, dem bisherigen Arbeitsminister, gebildet. Die Verhandlungen stehen unmittelbar vor ihrem Abschluß. Unter Vorbehalt können wir folgende Ministerliste wiedergeben, die keine Aenderung mehr erfahren dürfte:

Minister des Aeußern: Bernstorff,
Minister des Innern: Dr. Preuß,
Reichswehrminister: Noske,
Reichsernährungsamt: Schmidt,
Wirtschaftsministerium: Wissell,
Arbeitsministerium: Sinzheimer,
Finanzministerium: Dernburg,
Schatzministerium: Müller-Fulda,
Kolonialministerium: Dr. Bell,
Reichspostministerium: Giesberts,
Eisenbahnministerium: Erzberger,
ohne Portefeuille: David.

Das Justizministerium soll unbesetzt bleiben. Es wird von einem Unterstaatssekretär vorläufig verwaltet.

Die Fraktionen traten heute vormittag nahezu zu der gleichen Zeit zu den Schlußverhandlungen zusammen. Die mitgeteilte Ministerliste dürfte die Genehmigung der Fraktionen zur Stunde bereits gefunden haben. Das neue Kabinett wird sich voraussichtlich am Sonntag der Nationalversammlung vorstellen. In dieser Sitzung wird dann auch die Annahme des Friedensvertrages, die nach den heutigen Mehrheitsverhältnissen für die Unterzeichnung nicht mehr zweifelhaft ist, beschlossen werden.

Das Kabinett wird aus Zentrum und Sozialdemokraten gebildet werden, und zwar von einem Sozialdemokraten.

Man nennt als Anwärter für die Ministerpräsidentschaft heute nicht mehr David, Hermann Müller, Wels, Noske, Loebe und Scheidemann; alle die eben genannten Personen sollen nicht mehr in Frage kommen.

Die demokratische Fraktion als solche wird sich an der neuen Regierungsbildung, die noch im Laufe des heutigen Sonnabend-Vormittags erfolgen dürfte, offiziell nicht beteiligen. Sie wird aber inoffiziell die Genehmigung geben, daß eines, vielleicht auch mehrere ihrer Mitglieder in die neue Regierung eintreten werden. Man spricht in erster Linie von dem Grafen Bernstorff, der zwar nicht Mitglied der Fraktion, aber eingeschriebenes Mitglied der Demokratischen Partei ist und der erklärt hat, daß er in das Kabinett nur dann eintreten würde, wenn die Demokratische Partei auch bei der Kabinettsbildung beteiligt wäre. Diese Voraussetzung dürfte ja jetzt, wenn auch inoffiziell, erfüllt sei. Außerdem spricht man in politischen Kreisen auch noch von dem Verbleiben des Ministers des Innern Preuß auf seinem Posten. An neuen Leuten für das neue Kabinett werden genannt u. a.: Keil-Stuttgart, möglicherweise auch Minister ohne Portefeuille, und Sinzheimer-Frankfurt am Main als Justizminister, dessen Kandidatur auf die Stelle Landsbergs die aussichtsreichste und bestimmteste sein dürfte. Man erwartet mit Bestimmtheit, daß das neue Kabinett im Laufe des heutigen Tages zustande kommt und sich vielleicht in einer Sitzung am Sonntag der Nationalversammlung vorstellen könnte.

Dieses Kabinett dürfte ein Unterzeichnungskabinett werden,

daß vielleicht versuchen wird, von der Entente eine Fristverlängerung zu erreichen und innerhalb dieser Fristverlängerung gewisse Punkte des Friedensvertrages abzumildern. Im großen und ganzen wird aber damit gerechnet werden müssen, daß dieses Kabinett, wenn keine Milderungen zu erreichen sind, den Friedensvertrag unterschreiben wird.

In den Fraktionen liegen die Dinge heute so, daß die Mehrheit für Annahme des Friedensvertrages, auch wenn keine Abmilderungen zu erreichen sind, stetig wächst. Man rechnet heute bereits mit einer Mehrheit von 30 bis 40 Stimmen für die Annahme des Vertrages. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hielten gestern ebenfalls eine Fraktionssitzung ab, in der sie beschlossen, nach wie vor geschlossen für die Unterzeichnung einzutreten, und in der sie außerdem erklärten, daß sie sich an keiner Regierung beteiligen würden, in der bürgerliche Parteien vertreten wären. — Die Sitzung des Friedensausschusses war auch am Freitag wieder abgesagt worden. Von einer Note an die Entente, die bereits abgesandt wäre und um Fristverlängerung ersuchte, ist bisher nichts bekanntgeworden.

Die bisherigen Koalitionsbestrebungen

G. Weimar, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das wichtigste Ereignis der Nacht vom Freitag zum Sonnabend dürfte wohl die Besprechung gewesen sein, die im Anschluß an den Kabinettsrat, der bei dem Reichspräsidenten Ebert stattfand, und an dem Vertreter der drei früheren Mehrheitsparteien und die Mitglieder des zurückgetretenen Kabinetts teilnahmen. Während des ganzen Tages gingen die Beratungen zwischen den einzelnen Fraktionen dauernd weiter, ohne daß es gelungen wäre, eine Plattform zu finden, auf der die drei Mehrheitsparteien sich hätten zusammenfinden können. Die Demokraten hatten als Bedingung für einen Eintritt in die neuzubildende Regierung gefordert, daß eine Note an die Entente abgehen solle, in der folgende sechs Zugeständnisse von ihr verlangt werden sollten:

1. Die Aufnahme in den Völkerbund bis spätestens 1. Januar 1920.

2. Die Unterstellung Westpreußens, Danzigs und des Netze-Distriktes unter die Hoheit des Völkerbundes.

3. Der Verzicht auf Auslieferung der deutschen politischen und militärischen Führer.

4. Verzicht auf die Uebernahme der alleinigen Schuld am Kriege durch Deutschland.

5. Eine allgemeine Revision der jetzigen Friedensbestimmungen innerhalb zwei Jahren.

6. Eine neue Bestimmung im Vertrage, wonach die Festlegung der Höhe der Entschädigung, die Deutschland zu zahlen haben würde, falls sie innerhalb vier Monaten nicht getroffen werde, einer unparteiischen dritten Stelle überlassen werden müßte.

Außerdem waren noch einige Nebenpunkte erörtert worden, u. a. die Bestimmung, daß in Kehl eine Volksabstimmung stattfinden sollte. Im interfraktionellen Ausschuß sowohl als auch im Staatenausschuß waren diese Forderungen der Demokraten Gegenstand eingehendster Beratungen. Diese Beratungen führten dazu, daß sowohl der interfraktionelle Ausschuß als auch der Staatenausschuß die Absendung einer Note an die Entente guthießen, in der die Bereitschaft Deutschlands erklärt werden sollte, den jetzigen Friedensvertrag sofort zu unterzeichnen, sofern die Entente diese Zugeständnisse machen werde. Einigkeit war in diesen Besprechungen des interfraktionellen Ausschusses noch nicht darüber erzielt, was werden sollte, wenn diese Forderungen von der Entente abgelehnt würden. Zentrum und Sozialdemokratie beharrten mehr oder weniger entschieden für diesen Fall darauf, daß dann der Friedensvertrag unterzeichnet werden müßte.

Eine Fraktionssitzung der Sozialdemokraten warf diese kaum getroffene Einigung plötzlich erneut über den Haufen. Die Fraktion beschloß, unter allen Umständen ihre Zustimmung zu dieser Note, deren Ablehnung man von vornherein erwarte, zu verweigern. Aus diesem Grunde schienen in den ersten Abendstunden alle Versuche, die Demokraten weiter zur Teilnahme an der Regierung zu bewegen, aussichtslos zu sein.

In der Besprechung bei dem Reichspräsidenten Ebert, die erst um zwei Uhr nachts ihr Ende erreichte, gelang es aber, ein prinzipielles Uebereinkommen auf folgender Grundlage zu erzielen:

Die Stellungnahme Badens

* Karlsruhe, 20. Juni. Der Vorstand der sozialdemokratischen Mehrheitspartei Badens, die sozialdemokratische Fraktion des Landtags, die Landeszentrale der badischen Gewerkschaftskartelle und die Landeszentrale der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte haben ein Telegramm an die sozialdemokratische Fraktion in der deutschen Nationalversammlung gerichtet, in welchem aus inner- und außerpolitischen Gründen eine Unterzeichnung des Friedensvertrages als notwendig bezeichnet wird. Auch die amtliche „Karlsruher Zeitung" gibt der Meinung Ausdruck, daß die Mehrheit der badischen Bevölkerung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist.

Die Haltung Bayerns

* München, 21. Juni. Die bayrische Oeffentlichkeit, vor allem die maßgebende Münchner Presse, machte heute eine entschiedene Wendung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Die „Münchner Neuesten Nachrichten" schreiben beispielsweise: Im Bewußtsein der schweren Verantwortung für die Tragweite dieses Schrittes sehen wir keinen andern Ausweg als die Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Der erst jetzt aus der Schweiz bekanntwerdende § 8 der Mantelnote, der ausdrücklich vorsieht, daß dieser Friedensvertrag ein endgültiger sein soll, muß protokollarisch für das Argument festgelegt werden, das uns in späteren Fällen, wenn die Revision einzelner Vertragsbestimmungen sachlich unentbehrlich ist, zur Vertretung unsres Standpunktes die Waffe in die Hand geben soll. Eine sofort wieder aktionsfähige Regierung, aber ohne Erzberger oder Noske an der führenden Stelle, sei notwendig. Heute dürfte sich der bayrische Landtag in einer Kundgebung zu den Friedensbedingungen äußern. Die Meinungen sind noch geteilt, aber nach der ganzen Stimmung im Lande zu schließen dürfte sich für die Unterzeichnung eine Mehrheit finden.

Ununterbrochene Lebensmittelzufuhr

* Haag, 21. Juni. Der oberste Wirtschaftsrat hat veranlaßt, daß die Sendung von Lebensmittelschiffen nach Deutschland nicht aufhören darf, solange die Unterzeichnungsfrist noch nicht abgelaufen ist.

Bitte um Fristverlängerung

G. Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Aus Weimar wird gemeldet: Unmittelbar nach der Bildung des Reichskabinetts wird voraussichtlich noch heute das Ersuchen an die Entente um Fristverlängerung abgehen.

+ Rotterdam, 21. Juni. (Priv.-Tel.) Aus Paris meldet Reuter, daß die deutsche Regierung um eine Verlängerung der Frist nachgesucht habe, die von der Entente zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen gesetzt ist.

Die Entente vor neuen Schwierigkeiten

(Eigener Drahtbericht unsres nach Versailles entsandten G.-Sonderberichterstatters)

Versailles, 20. Juni

Das seltsame Zusammentreffen der italienischen und deutschen Regierungskrise hat die politischen Kreise der Entente nicht unerheblich verwirrt. In dem Augenblick, in dem man mit der deutschen Friedensfrage über den Berg zu sein hoffte, hat der italienische Zwischenfall neue Unsicherheit geschaffen. Unmittelbare Befürchtungen für den Friedensschluß werden zwar noch nicht geäußert, denn der Frieden tritt nach den Vertragsbestimmungen schon in Kraft, wenn drei Hauptmächte der Entente ihn ratifiziert haben. Italien muß also nicht unbedingt dabei sein. Auch an allenfalls nötig werdenden militärischen Maßnahmen gegen Deutschland hätte Italien keinen Anteil gehabt. Man ist sich in der Entente bewußt, daß die Unterzeichnung noch nicht die Verwirklichung des Friedens ist und daß die langen Ausführungsverhandlungen in den Kommissionen durch neue Wendungen in der Weltpolitik beeinflußt werden können. Eine politische Wendung in Italien ist aber fast sicher, auch wenn das neue Kabinett den Ententevertrag mit unterschreiben werde. Der Sieg der Giolittischen Anschauungen wird Italien wieder zum Pendel zwischen Entente und den Mittelmächten machen. Zu der italienischen Gefahr kommt noch die amerikanische hinzu, wo dem Senat, der in der Opposition gegen den Völkerbund verharrt, bereits Anträge auf Sonderfriedensschluß mit Deutschland zugegangen sind. So findet Deutschland schon in dem Augenblick, in dem es seine Niederlage unterzeichnen muß, die ersten neuen politischen Chancen.

Im Kreise der deutschen Versailler Delegation oder vielmehr der hier zurückgebliebenen Herren herrscht die Stille einer nervösen Erwartung. Man weiß nicht, wer die neuen Herren sein werden, die die Führung des Apparates übernehmen werden, und man weiß nicht, welche neuen Wege einzuschlagen sein werden.

Die Bedingungen sind unerfüllbar

× Weimar, 20. Juni. Die vom Kabinett berufenen finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen haben die letzte Antwort der feindlichen Regierungen geprüft und sind dabei unter anderm zu folgendem Ergebnis gekommen: Die Antwort drücke noch schärfer als die am 7. Mai übergebenen Friedensbedingungen den entschlossenen Willen der Entente aus, Deutschland wirtschaftlich zu vernichten und wolle zudem Deutschland zwingen, selbst alle Mittel zu diesem Zwecke der Entente in die Hände zu geben. Der angedrohte Friede werde Deutschland in den Wurzeln seiner Kraft so schwer und nachhaltig treffen, daß gegen diese Wirkung alle Folgen, die die Ablehnung des Friedensvertrages durch die in Aussicht genommene Besetzung Deutschlands und durch innere Unruhen ergeben würde, in den Hintergrund treten. Wer solche Bedingungen annimmt, kann sein Wort nie einlösen. Die Sachverständigen bitten einstimmig das Kabinett, den geforderten Frieden abzulehnen.

Der Einfall in Deutschland

* Genf, 21. Juni. Die Besetzung Berlins im Falle der Nichtunterzeichnung wird dem „Matin" zufolge in der nächsten Woche erwartet. „Echo de Paris" berichtet, daß zwischen den Verbündeten alles mögliche über die neuen Bedingungen besprochen wurde, die Deutschland auferlegt werden, wenn es bis Montag spätestens nicht angenommen hat. Am Dienstag würde bereits Frankfurt besetzt, am Mittwoch das Ruhr-Gebiet. Sollten die Deutschen dann unter diesem Drucke nachgeben, würden die verbündeten Heere nicht in ihre Quartiere zurückgehen, sondern in den besetzten Gebieten bleiben.

G. Genf, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die französischen Jura-Bahnen sind am Mittwoch und Donnerstag eine Reihe amerikanischer Regimenter aus Besançon nach dem Elsaß abgegangen.

Steigen des Markkurses

* Haag, 21. Juni. Die Meldung über den Rücktritt des deutschen Kabinetts wurde in Holland allgemein als eine Tatsache angesehen, die zur Folge hat, daß mit einer glatten, bedingungslosen Annahme der Entente-Friedensbedingungen und Leistung der Unterschrift ohne weiteren Zeitverlust zu rechnen sei. Da in neutralen Ländern immer noch die Auffassung herrscht, daß die deutsche Valuta steigen muß, sobald der Friede tatsächlich abgeschlossen ist, hat sich gestern der Kurs an den holländischen Börsen durchschnittlich um zwei holl. Gulden, also um zehn Prozent, gegen den vorgestrigen Kurs gehoben.

(Weiteres siehe Seite 2 und 3)

Lloyd George der wahre Sieger

Von unserm nach Versailles entsandten G.-Sonderberichterstatter.

Auf der Reise zwischen Versailles und Köln, 19. Juni.

Von einem Ententediplomaten, mit dem ich gestern die Reise von Paris nach Köln machte, erhalte ich folgende Mitteilungen:

Die französischen Regierungskreise erwarten mit Ungeduld das Ergebnis der Weimarer Besprechungen und rechnen darauf, daß eine neue deutsche Regierung den Frieden unterzeichnen werde. Die französische Regierung wäre bereit, eine Fristverlängerung zuzugestehen, wenn sich in Weimar herausstellen sollte, daß eine Mehrheit für Unterzeichnung vorhanden ist, eine Mehrheit, die erst durch ein neues Kabinett vertreten werden müßte. Der jetzigen Regierung Scheidemann würde Frankreich ohne vorherige Erklärung, daß der Frieden unterzeichnet würde, keine Fristverlängerung zugestehen. Verhandlungen über Fragen, die im Memorandum bereits als entschieden zu gelten haben, wie die polnische, würde Frankreich zur Zeit nicht bewilligen, weil es jetzt nur ein Ziel kennt: schleunigste Herstellung des Friedenszustandes und sofortige Neuorientierung in der inneren Politik, die eines andern Leiters bedarf als Clemenceau. Es wird in französischen Regierungskreisen mit Sicherheit auf eine baldige Schwächung der nationalistischen Strömungen gerechnet. Clemenceau selbst erklärt, seine Aufgabe sei erledigt, sobald der Friede geschlossen.

In französischen Diplomatenkreisen wird Lloyd George als der wirkliche Sieger auf der Friedenskonferenz, beziehungsweise im Viererrate, angesehen. Lloyd George erreichte vor allem das Ziel, daß man in Deutschland gegen die Engländer nicht mehr so gehässig sei, während man die Franzosen als die hartnäckigsten Feinde ansehe. Viel wichtiger als das ist aber noch der Erfolg der englischen Diplomatie, die imstande war, alle europäischen Fragen in der Weise regeln zu lassen, daß überall Streitfragen bestehen bleiben: der deutsch-polnische Gegensatz, der deutsch-französische Gegensatz, der slawisch-italienische (wegen Fiume), der rumänisch-serbische (Banat), der ungarisch-tschechische. Man hofft in französischen Diplomatenkreisen, daß durch eine künftige bessere Gestaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland der unleugbare Erfolg Englands geschmälert werden könne.

Den Endsieg Koltschaks erwartet man in spätestens zwei Monaten. Man glaubt, daß die kommende russische Regierung nicht ausgesprochen deutschfeindlich sein werde. Koltschaks Unternehmen wurde und wird noch von Putilow (der bekannten russischen Waffenfabrik) und der russisch-asiatischen Bank von Schanghai aus finanziert.

Die Ententeregierungen rechnen damit, daß Holland den deutschen Kaiser nicht ausliefern werde und wollen sich mit dieser Weigerung begnügen. Es liegt ein franko-belgischer Antrag vor, einen Prozeß zu veranstalten und den Exkaiser in contumaciam zu verurteilen.

Die rumänische Regierung sucht mit einigen ungarischen Politikern der Tiszapartei in Kontakt zu kommen, weil sie es für geboten hält, sehr bald mit Ungarn in wirtschaftliche gute Beziehungen zu gelangen, doch nicht heute, wo Kun noch am Ruder ist. Die Sondierungsversuche der Rumänen in Ungarn werden von dem rumänischen Politiker Diamondy unternommen. Zwischen Rumänien und Italien sind in jüngster Zeit enge Beziehungen entstanden, hervorgerufen durch die beiderseitige Abneigung gegen Serbien. In rumänischen Kreisen kennzeichnet sich eine Strömung zugunsten baldiger guter Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland. Die Bemühungen Frankreichs, zwischen Rumänien und Polen eine intime Annäherung herzustellen, sind bisher an dem Widerstande der Rumänen, die gegen Polen sehr mißtrauisch sind, gescheitert.

Die Abreise Wilsons

* Zürich, 21. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Nach den neuesten Meldungen verläßt Wilson Paris am 25. Juni. Nach seiner Ankunft in Washington wird er im Kongreß eine Botschaft verlesen und dann nach Erledigung dringender Geschäfte eine Rundreise antreten, um Stimmung für den Völkerbund zu machen.

Die Versailler Zwischenfälle

× Versailles, 21. Juni. Nach Blättermeldungen hat der Staatsanwalt Roux, der die Voruntersuchung über die Versailler Zwischenfälle, die sich bei der Abreise der deutschen Delegation abgespielt haben, führt, nach Einsicht der eingelaufenen Berichte und Vernehmung einiger Zeugen beschlossen, von einer gerichtlichen Untersuchung Abstand zu nehmen.

Die Zahl der Auszuliefernden

G. Weimar, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In politischen Kreisen verlautet heute mit ziemlicher Bestimmtheit, daß die Entente die Auslieferung von nicht weniger als 1200 deutschen führenden Persönlichkeiten aus der Kriegszeit fordert.

Die Auslieferung Danzigs

* Genf, 20. Juni. Der Rat der Fünf hat sich mit den Bestimmungen über Danzig beschäftigt, die Anwendung finden sollen, sobald die Deutschen die Stadt dem Völkerbunde übergeben haben. Sofort nach der Uebergabe wird vom Vollzugsrat des Völkerbundes ein Oberkommissar für die Stadt ernannt werden. Der „Temps" bringt in seinem Bericht zu der Frage die seltsame Formel: das Regime von Danzig unter der polnischen Souveränität, was im Widerspruch zu den Bestimmungen der Friedensbestimmungen steht.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1919062201/1